

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Wann setzt die Landesregierung die Empfehlungen der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ um und bringt die geforderte Bundesratsinitiative ein?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Stefan Birkner und Jan-Christoph Oetjen (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 01.03.2019

Am 24. Oktober 2018 hat der Landtag einstimmig den Antrag „Empfehlungen der Enquetekommission ‚Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten‘ umsetzen“ beschlossen (Drs. 18/1946). Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Empfehlungen der Enquetekommission umzusetzen. Unter anderem soll die Landesregierung eine Bundesratsinitiative mit folgenden Punkten veranlassen:

- „Einen zwischen dem Bund und den 16 Bundesländern abgestimmten Gesetzentwurf zu beschließen, der gewährleistet, dass die medizinische Begutachtung von Stasiopfern vereinheitlicht und verbessert wird. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Gutachter nicht nur medizinisch fachverständlich sind, sondern auch über die nötigen geschichtlichen, politischen und DDR-spezifischen Kenntnisse verfügen.
 - Die Leistungen der bescheidenen sogenannten Opferrente von monatlich max. 300 Euro sollen künftig nicht mehr an eine heute noch bestehende Bedürftigkeit gebunden sein, sondern nur noch an eine Haftdauer von mindestens 180 Tagen.
 - Den Grundsatz, nach dem Leistungen aus den drei SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen nicht auf andere Zahlungen angerechnet werden, durch eine Klarstellung auch im Beruflichen Rehabilitierungsgesetz umzusetzen. Die Bundesratsinitiative 743/17 zur Entfristung der Ende 2019 auslaufenden Möglichkeiten, nach denen SED- und Stasiopfer Anträge auf ihre Rehabilitierung stellen dürfen, zu unterstützen.“
1. Vor dem Hintergrund, dass der größte Teil der betroffenen SED- und Stasiopfer mittlerweile hochbetagt ist: Wann wird die Landesregierung den Beschluss des Landtages vom 24.10.2018 umsetzen und die zugesagte Bundesratsinitiative veranlassen?
 2. Aus welchen Gründen wurde die Bundesratsinitiative bisher nicht eingebracht?
 3. Besteht die Möglichkeit, die niedersächsische Bundesratsinitiative an das laufende Verfahren zur Umsetzung der Bundesratsdrucksache 316/18 anzuhängen? Wenn ja, wird dies seitens der Landesregierung geprüft und beabsichtigt?

(Verteilt am 06.03.2019)